

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Neubauer
Verlagsnummer 25 241
Für den Verleger: Carl Neubauer
Druck: Carl Neubauer

Bezugs-Geblühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich M. 50,-, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich M. 55,-.
Die Spalte 33 mm breite Seite M. 12,-, außerhalb Sachsen M. 15,-. Familien-
anzeigen, Anzeigen unter Zeichen- und Wohnungsanzeigen, 1 Spalte 10 mm und Ver-
kauf 20 mm, Buchlich, Verlagspreis laut Tarif, Anzeigen für die Verlags-
Anzeigenbeilage, Einzelnummer M. 2,-, Sonntagsausgabe M. 3,-.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung
Marienstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Neudruck & Verlag in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutscher Quotenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Wiederaufrollen der Kriegsbeschuldigtenfrage.

Eine neue Rolle der Völkervertragkonferenz.

Unbegrenzte Vorwürfe gegen das Reichsgericht.
Berlin, 28. Aug. Der deutsche Völkervertrag in Paris ist in der Kriegsbeschuldigtenfrage nachfolgende Rolle der Völkervertragkonferenz ausgegangen:

Der Völkervertrag! Mit Schreiben vom 14. Februar 1920 haben die alliierten und assoziierten Regierungen bestätigt, daß die deutsche Regierung sich außerstande erklärt habe, ihre Verpflichtungen aus den Art. 226 bis 230 des Völkervertrages zu erfüllen, diejenigen Deutschen auszuliefern, deren Liste ihr am 8. Februar 1920 mitgeteilt worden war. Sie haben jedoch von der Erklärung der deutschen Regierung Kenntnis genommen, daß sie bereit sei, ohne Verzug vor dem höchsten Gericht in Leipzig ein mit den vollständigen Garantien ausgestattet Strafverfahren gegen alle diese Personen einzuleiten.

Sie haben sich aber vorbehalten, ihr Recht, wie es in den vorerwähnten Artikeln des Vertrages umschrieben ist, in vollem Umfange auszuüben und ihre Gerichte in Anspruch zu nehmen, falls sie nach den Ergebnissen der in Deutschland eingeleiteten Verfahren und erlangenen Urteile zu der Auffassung gelangen, daß das von der deutschen Regierung gemachte Anerkennen auf den Versuch hinausläuft, die Beschuldigten der gerechten und notwendigen Sühne für die Verbrechen (?) zu entziehen, deren sie überführt werden würden.

Die Alliierten haben demzufolge mit einem Schreiben vom 7. Mai 1920 der deutschen Regierung eine erste Liste mit den Namen von 45 Angeklagten zugehen lassen, die aus der allgemeinen Liste der ihnen kraft des Vertrages auszuliefernden Beschuldigten ausgeschlossen waren. Sie haben von der deutschen Regierung verlangt, daß sie alle Maßnahmen ergreifen sollte, um binnen möglichst kurzer Frist zur Aburteilung dieser Personen zu gelangen. Die alliierten Mächte haben, wie es in dem Schreiben vom 7. Mai 1920 vorgelesen war, die Reichsjustizminister, die ihnen in den auf ihren Antrag aufgenommenen Fällen von der deutschen Justizbehörde ausgegangen sind, ordnungsmäßig auszuführen lassen. Sie haben ihren Staatsanwälten, die von dem Oberreichsanwalt als Zeugen vor dem Leipziger Gerichtshof geladen worden waren, die Stelle nach Deutschland erleichtert, mit Ausnahme des Falles Weidemann, der erst nach der Überführung der französischen Abordnung zur Verhandlung gekommen ist.

Die Alliierten Regierungen stellen fest, daß der höchste Gerichtshof in Leipzig

bisher im ganzen über 10 Fälle von Kriegsbeschuldigten entschieden hat, und zwar in vier Fällen auf Antrag der französischen Regierung, in einem Falle auf Antrag der belgischen Regierung, in vier Fällen auf Antrag der großbritannischen Regierung und in einem Falle auf Initiative der deutschen Behörden. Die italienische Regierung hat Material in verschiedenen anderen Fällen unterbreitet, es ist aber über keinen dieser Fälle entschieden worden. Was die Art und Weise des Verfahrens vor dem Leipziger Gerichtshof anbelangt, so geht die einmütige Ansicht der Alliierten dahin, daß, abgesehen von einer kleinen Anzahl von Fällen, der Gerichtshof insofern verlagert hat, als

keine genügenden Anstrengungen zur Ergründung der Wahrheit

gemacht worden sind. (1) Das die von dem Leipziger Gerichtshof gefällten Urteile anfangs, so geht die einmütige Ansicht der Regierungen dahin, daß der Gerichtshof in fast allen Fällen insofern verlagert hat, als gewisse Angeklagte freigesprochen worden sind, wiewohl sie hätten verurteilt werden müssen, und daß selbst in den Fällen, in denen die Angeklagten für schuldig erkannt worden sind, die verhängte Strafe unzureichend war. Die alliierten Regierungen müssen außerdem zu ihrem Bedauern feststellen, daß der Reichskanzler in einer öffentlichen Erklärung, die er am 28. Januar 1922 im Reichstage abgegeben hat, in dieser Frage dieselbe ablehnende Haltung eingenommen hat wie seine Vorgänger.

Unter diesen Umständen sind die alliierten Regierungen angehalten, die Strafverfahren und der Urteile der Meinung, daß die deutsche Regierung ihre Zusagen, sachliche und formale Gerechtigkeit zu üben, nicht gehalten hat. Sie erklären, nun geht ab die deutschen Strafverfolgungen der vor dem Leipziger Gerichtshof bisher erlassenen Beschuldigten völlig außer Betracht zu lassen. Sie nehmen insoweit alle ihnen kraft des Vertrages gegenwärtig und zukünftig zuzuführenden Rechte wieder auf und behalten sie sich vor, insbesonders zu behalten sie sich vor, nötigenfalls in der Abwesenheitsverfahren die Kriegsbeschuldigten zu verfolgen.

Anmerkung des Dr. I. A.:

Die Völkervertragkonferenz hat sich in dieser Note, die übrigens von der Gesamtheit der alliierten Hauptmächte ausgeht, in der Bemerkung der Verfahren und der Urteile des Reichsgerichtshofes in den bisher zur Verhandlung gekommenen Kriegsbeschuldigtenfällen einmütig auf den Boden des Antisemitismus gestellt, das der vom Obersten Rat zur Prüfung der Angelegenheit eingesetzte Ausschuss seinerzeit erachtet hat. Dieses Ergebnis muß uns so sehr betrammen, als die völlige Unparteilichkeit des höchsten deutschen Gerichtshofes in den bisherigen Verfahren von der in erster Reihe interessierten englischen Seite wesentlich ungenügend anerkannt worden ist. So hat der englische Solicitor General Ernest Peel, der im amtlichen Auftrage bei der Verhandlung der englischen Fälle zugegen war, in der Unterhandlung vom 21. August 1921 erklärt, die Art und Weise der Prozedur durch den Senatpräsidenten des Reichsgerichtshofes habe mit Sicherheit den anfänglichen Wunsch erkennen lassen, der Wahrheit auf den Grund zu kommen; es würde völlig unzulänglich von ihm sein, nicht anzuerkennen, daß nach seinem Eindruck der Reichsgerichtshof entschlossen sei, die Wahrheit auf keinen Preis zu ermitteln; oder die Urteile in den Augen der Ankläger hinreichend wären oder nicht, die Aufrechterhaltung des Reichsgerichtshofes über jeden Zweifel erhaben; gegenüber der Kritik an der Höhe der Strafen sei festzustellen, daß die Fälle notwendigerweise nach deutschem Recht abgeurteilt worden seien und die erkannten Strafen den deutschen Gesetzen entsprechen hätten. Dieser von maßgebender englischer Seite herrührende Vertrauensbruch braucht kein Wort hinzugefügt werden. Das Reichsgericht steht in seiner leidenschaftlichen Unparteilichkeit über alle in der Note enthaltenen Vorwürfe. Ueber die weitere Behandlung der Angelegenheit durch die deutsche Regierung sind, wie wir hören, die zuständigen Stellen bereits in Beratungen eingetreten, an denen auch der Oberreichsanwalt beteiligt sein wird.

John Maynard Keynes, der Optimist.

Der Professor vom Kings College in Cambridge ist Optimist geworden, zukunftsreicher, hellsehender Optimist, der, wie Hermes, der Götterbote aus olympischen Gefilden, mit grünem Kranz dem Stabe zur lebenden Menschheit herniedersteigt und ihr die tröstliche Botschaft vermittelt: Es ist gar nicht so schlimm, wie ihr es seht! Wenn die Dinge so und so laufen, wenn das und noch etwas anderes eintritt, alld's dann noch andere als nur gute Zukunftsaussichten? So hat er in Hamburg am letzten Tage der Ueberlebenswoche vor einem Kreise bedeutender deutscher Wirtschaftler gesprochen. Die haben ihm zugestimmt und Beifall gezollt, wie es im höflichen Deutschland einem Ausländer gegenüber nie anders Sitte gewesen ist. Ob sie aber im Innern wirklich durchdrungen waren von der Richtigkeit der Keynes'schen Prognose, ob sie nicht vielmehr an den Keynes dachten, der seit Kriegsende in Wort und Schrift den sich verschärfenden Ernst der europäischen Situation schonungslos schilderte, ohne die bisherigen Wahrscheinlichkeiten der Zukunft zu beschönigen, das ist eine Frage, über die kaum gestritten zu werden braucht. An einem Tage, an dem der Dollar um die 2000 herumpendelte, wird es keinen Wirtschaftskenner in Deutschland gegeben haben, dem nicht der frühere Keynes, der in der Zurückgezogenheit seines Studierzimmers mit dem Wiederherstellungsproblem unerbittlich scharf abgerechnet, innerlich näher gekannt hätte als der jetztredner Keynes, der durch die Brille des Optimismus Deutschland, Frankreich und die Entwicklung der europäischen Politik in rosigem Lichte verklärt sah. Wohl nirgends in der Welt ist man einem Fremden so dankbar wie bei uns, wenn er im Sturm und Drang der Zeiten noch etwas Verhältnisses für uns zu entdecken weiß. Das war schon im Ariene so, als Houston Stuart Chamberlain seine ermutigenden Schilderungen über Deutschlands Sieg und Rettung verfasste, und das ist so geblieben bis heute, ob es sich nun um Ititi oder Keynes oder irgendeinen amerikanischen Großbankier handelt, die gelegentlich von einer trotzigreichen Schicksalswendung zum Nutzen Deutschlands etwas zu sagen versuchen. Aber die Dankbarkeit darf nicht zu einer kritiklosen Gewohnheit ausarten. Und wenn Keynes, dessen modernes Eintreten für eine Revision des Völkervertrages unseren Interessen zweifellos nützlich gewesen ist, ein Bild unserer Lage entwirft, das den Tatsachen nicht entspricht, so dürfen uns das Gefühl der Verbindlichkeit und der große Name nicht abschrecken, die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich liegen.

Keynes hat sich in eine Gedankenwelt eingelassen, die in ihrem Optimismus für Deutschland etwas Besessenes, aber auch Gefährliches an sich hat. Er rechnet ganz richtig, daß nur eine Umkehr vom Wege der Gewalt zur wirtschaftlichen Vernunft die Verhältnisse Europas stabilisieren und den Untergang des Abendlandes abwenden kann. Aber er begeht einen Fehler, wenn er meint, daß die Ereignisse nur unbedingt dieser Entwicklung zutreiben müßten, und er überschätzt vor allem die Anzeichen, die darauf hindeuten, daß diese Entwicklung bereits auf dem Marsche ist. Das sieht man daran, wie er die Stimmung in Frankreich und die Haltung Poincarés bewertet. Nach seiner Auffassung glauben die Franzosen nicht mehr an die Reparationspolitik; sie flüchten nur weiter und wüßten ganz genau, daß ein rechtswidriges Vorgehen gewalttätiger Art Frankreich moralisch und gefühlsmäßig isolieren und seine eigenen Finanzen gefährden würde. Poincarés Reden, so sagt Keynes, sind nur ein Zurückweichen vor der Tat. Ja, wenn dem so wäre, wenn Frankreich nur aus aberner, selbstverderblicher Spielerei, aus der Lust zum Bluffen heraus die Atmosphäre Europas vergiftete, letzten Endes aber doch vor dem Schweben zurückzubrechen, wie erklären sich dann die mannigfachen Sanktionen und Retorsionen, wie der Aufmarsch an den Grenzen des Ruhrgebietes, wie die unablässigen völkerrechtswidrigen Schikanen im Rheinland, von denen jede einzelne früher den Anlaß zum Kriege gegeben hätte? Was schwört dem englischen Professor vor, wenn er äußert, daß Poincarés es nicht wagen werde, im „großen Stille“ vorzugehen? Poincarés „großer Stille“ besteht eben gerade darin, daß er durch launigen satanische Kleinigkeiten, durch eine Besatzungsverfälschung hier, durch eine Störung des Wirtschaftsgetriebes dort, den deutschen Organismus zermürben will. Und wenn die Gelegenheiten es einmal mitbringt, daß er der Welt eine „absichtliche Verfehlung“ Deutschlands aufzuzwingen vermag, dann wird er nicht einen Augenblick zögern, eine große Tat, einen umfassenden Gewaltakt militärischer Art zu vollbringen. Daran kann gar kein Zweifel sein. Solange aber diese dauernde Explosionsgefahr von Frankreich aus droht, ist es ein unverständlicher Optimismus, auch nur an eine Besserung zu denken, die Europa „im Eilschritt“ nahe. Und wenn nun die Dinge in Frankreich heute noch so liegen, wie sie hier angedeutet wurden, und nicht wie sie Keynes glauben machen will, dann bleibt die große Frage offen, ob die sicher einmal — wann, ist durchaus unbestimmt — zwangsläufig sich vollziehende allgemeine, auch Frankreich miteinziehende Umkehr zur wirtschaftlichen Vernunft noch rechtzeitig genug eintritt, um Europa vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Einstweilen wird Frankreich weiter bei dem Poincarés'schen Regime verbleiben. Wenn nicht ungeahnte Ueberraschungen eintreten, ist an einen Umkehr der französischen Politik vor 1924, dem Jahre der nächsten Kammerwahlen, kaum zu denken. Das hieße für Deutschland so viel, als daß es sich noch über 16 Monate in dem gewohnten Stille quälen lassen müßte. Ob es das aushält, wer will das glauben? Seit wir beobachten, daß jedes Stürzen Poincarés im Werte der Mark seinen Niederschlag findet, daß jede Drohung den Brotkorb vor unseren Augen in die Höhe windet, fählen wir auch, daß unsere

Reichskonferenz gegen die Wirtschaftsnote.

Die Ministerpräsidenten der Länder in Berlin.
Berlin, 28. Aug. Um 1/2 Uhr vormittags begann heute die Konferenz der Ministerpräsidenten über die Maßnahmen zur Verringerung der Wirtschaftsnote. Für Bayern nahmen Graf Verchenfeld und ein Vertreter des bairischen Innenministers, für Sachsen der sächsische Ministerpräsident Bud teil. Im übrigen waren fast alle Ministerpräsidenten und Innenminister der deutschen Länder zugegen. Bei Beginn der Sitzung ergriff der Reichskanzler sogleich das Wort zu längeren Ausführungen, indem er zunächst über die Reparationsverhandlungen sprach. Im Anschluß daran wies er auf die gegenwärtige Wirtschaftslage und auf die dringende Notwendigkeit hin, Maßnahmen zur Verringerung der Not weitestgehend zu ergreifen. Als Basis der Konferenz dienen die von der Regierung angearbeiteten Pläne. Um die Wirtschaftsnote wurde die Konferenz unterbrochen.

In seiner heutigen Nachmittagsrede befaßte sich das Reichskabinett mit den Maßnahmen gegen die Teuerung und den Lebensmittelmangel. Im Anschluß daran traten die Ministerpräsidenten der einzelnen Länder nochmals zusammen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Besprechungen der Ministerpräsidenten heute zum Abschluß gelangen. Es dürfte damit gerechnet werden, daß am morgigen Dienstag noch eine Sitzung stattfindet. Ueber das Ergebnis der Besprechungen wird vorläufig noch Stillschweigen beobachtet. Erst nach deren Beendigung erfolgt ein amtlicher Bericht.

Zusammentritt des Volkswirtschaftlichen Ausschusses.

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 28. August. Heute trat im Reichstage der Volkswirtschaftliche Ausschuss zusammen, um gemäß dem Gesetz zur Regelung des Verkehrs mit Getreide den darin vorgesehenen parlamentarischen Beirat zu bilden. Vor Eintritt in die Tagesordnung entspann sich eine längere Debatte darüber, ob der Volkswirtschaftliche Ausschuss nicht Gelegenheit haben müßte, zu dem Problem der gesamten Wirtschaftslage Stellung zu nehmen, da hierzu durch den Niedergang der deutschen Währung die Veranlassung gegeben sei. Es wurde in Aussicht genommen, daß morgen zunächst der Minister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Fehr vor dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss ausführliche Darlegungen über unsere Ernährungslage machen soll und daß alsdann in den nächsten Tagen auch noch die anderen Referats über die Wirtschaftslage gehört werden sollen.

Die Vorbereitungen zu weiteren Reparationsverhandlungen.

Berlin, 28. August. Heute vormittag 10 Uhr traten die für das Reparationsproblem zuständigen Reichsminister zu einer Chefbesprechung über die offizielle Einladung der Reparationskommission zusammen. In dieser Sitzung wurde beschlossen, der Reparationskommission mitzuteilen, daß die deutsche Regierung die Einladung der Kommission annehme und in der Sitzung der Reparationskommission am Mittwoch durch deutsche Vertreter den Standpunkt und die Vorklage der Reichsregierung darlegen werde. Als deutscher Delegierter wurde Staatssekretär Schroeder vom Reichsfinanzministerium bestimmt, insbesonders des Wirtschafts- und Wiederaufbauministeriums, beigegeben werden. Die deutsche Delegation wird wahrscheinlich noch heute abend nach Paris abreißen.

Nach Mitteilungen von unterrichteter Seite soll Staatssekretär a. D. Bergmann in nichtoffizieller Eigenschaft schon heute nachmittag privatim nach Paris abgereist sein.

Ein neuer belgischer Vorschlag.

Paris, 28. Aug. Wie die „Information“ meldet, hat der belgische Delegierte Delacroix Dubois nach der gestrigen Sitzung der Reparationskommission eine Lösung vorgeschlagen, wie die, die gestern der „Temps“ als persönliche Anregung veröffentlicht hatte. Die Reichsbank soll durch monatliche Zahlungen einen gewissen Goldbestand, der einen Wert von 20 Millionen Goldmark darstellt, nach einer neutralen Bank schaffen, z. B. der Bank von Holland. Diese würde der belgischen Regierung gleichwertige Kredite zur Verfügung stellen. Das deponierte Gold würde Eigentum der Reichsbank bleiben bis zur endgültigen Lösung der Frage der interalliierten und der deutschen Schulden. (W. T. A.)

Keine amerikanische Kontrolle der deutschen Finanzen.

Paris, 28. Aug. Der „Temps“ schreibt: Die vom „Remport Herald“ gebrachte Nachricht, daß Bradburn eine Kontrolle der deutschen Finanzen durch einen Ausschuss amerikanischer Bankiers angeregt habe, sei nicht richtig. Ein derartiger Vorschlag sei der Reparationskommission nicht unterbreitet worden, auch nicht nichtoffiziell.

Dollar (Freiverkehr): 1600